Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,100.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 293. Sonnabend den 20. October 1883. 77. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 21. October, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung,

die am 20. und 21. October dieses Jahres stattfindenden Rennen zu Leipzig betreffend.

Aus Anlaß der am 20. und 21. October laufenden Jahres auf dem Rennplatze hier stattfindenden Rennen wird zur Aufrechterhaltung der Ordnung, sowie zur Sicherung des Verkehrs hiermit Folgendes bestimmt:

1) Von 12 Uhr Mittags bis 6 Uhr Nachmittags bleibt der Scheibenweg vom Schleußiger Wege bis zum Johannapark **für den öffentlichen Fahr- und Reitverkehr**, sowie der Scheibenweg vom Schleußiger Weg ab bis zum Scheibengehölz auch für den **Fußverkehr gesperrt.**
2) Wagen, welche zur Rennbahn gelangen wollen, haben den **Hinweg** über den Fleißplatz, durch die Dufourstraße und über den Schleußiger Weg, den **Rückweg** aber durch das Scheibengehölz und den Johannapark zu nehmen.
3) Wagen, welche nur bis zur Kreuzung des Scheiben- und Schleußiger Weges fahren, haben den Rückweg durch die Matthäi- und Körnerstraße zu nehmen.
4) Alle in der Richtung nach der Rennbahn verkehrenden Wagen müssen vom Fleißplatz ab in **einer Reihenfolge** fahren und dieselbe streng einhalten.
5) Der gesammte Fahrverkehr hat sich auf den von ihm benutzten Straßen und Wegen stets **rechts** zu halten.
6) **Auf dem Schleußiger Wege dürfen Wagen nicht halten.**
7) **Die Droschkenführer** müssen das Fahrgeld von **den Fahrgästen vor** dem Einsteigen erheben.

Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnungen, für deren strenge Beobachtung die Schutzmannschaft Sorge tragen wird, werden mit Geldstrafe bis zu 60 ℳ oder entsprechender Haft bestraft.

Leipzig, am 15. October 1883.

Der Rath und das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Bretschneider.
Dr. Rienhaldt.

Vermiethung in der Fleischhalle am Planen'schen Platze.

In obiger Fleischhalle soll die mietfrei werdende **Abtheilung Nr. 17 vom 8. November ds. Js. an** gegen **einmonatliche Kündigung**
Sonnabend, den 27. dieses Monats, Vormittags 11 Uhr
auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 17, an den **Meistbietenden** anderweit **vermiethet** werden.

Die Vermiethungs- und Versteigerungsbedingungen liegen ebendaselbst auf dem großen Saale schon vor dem Termine zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 11. October 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stzg.

Bekanntmachung.

Im Monat **September a. c.** gingen beim Armenamte ein:

5000 ℳ	Vermächtniß von dem am 16. Juni d. J. verstorbenen Herrn Kaufmann Carl Theodor Schaeffer,	
1500 „	Vermächtniß von dem verstorbenen Herrn Eduard Koch-Teubner,	
1000 „	Vermächtniß von dem verstorbenen Herrn Privatmann Johann Emil Zeitz,	
1 „	Zeugengebühren von Frau Bierbaum,	
50 „	anstatt der Unsitte der Trinkgelder, bei Uebersendung von Blumenschmuck für Dahingeschiedene, von Th. N.,	
25 „	von den Garteninhabern des westlichen Schrebervereins, als antheiliger Betrag aus der Gartenbau-Ausstellungs-Verloosung,	
2 „	von Ald. G. R. L.,	
3 „	von den Herren Mantel & Riedel,	
5 „	als Sühne in Sachen H. / S.	durch Herrn Friedensrichter O. A. Jancke sen.
12 „	„ „ „ „ „ K. / Sr.	
10 „	„ „ „ „ „ T. / P.	
1 „	„ „ „ „ „ Sch. / B.	
1 „	„ „ „ „ „ H. / W.	
2 „	„ „ „ „ „ Sch. / L.	
15 „	„ „ „ „ „ D. / L.	
4 „	„ „ „ „ „ S. / W.	
8 „	„ „ „ „ „ M. / P.	
1 „	„ „ „ „ „ J. / S.	
4 „	„ „ „ „ „ R. / T.	
20 „	„ „ „ „ „ A. D. / M.	
5 „	„ „ „ „ „ T. M. / H. L.	durch Herrn Friedensrichter R. Nagel.
20 „	„ „ „ „ „ O. M. / F. C.	
5 „	„ „ „ „ „ A. C. R. / S. S.	
9 „	„ „ „ „ „ J. K. / B. B.	
2 „	„ „ „ „ „ O. S. / K. K.	
50 „	„ „ von H. P.	
5 „	„ Geschenk von H. P.	
7755 ℳ		

Mit Dank gegen die Geber obiger Vermächtnisse und Geschenke quittiren wir hiermit.

Leipzig, den 5. October 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armen-Amt.)
Ludwig-Wolf. L.

Auction.

Von dem unterzeichneten Armenamte sollen im Stadthause allhier (Eingang Mühlgasse Nr. 7)
Montag, den 22. October a. c., Vormittags von 9 Uhr an,
eine größere Partie getragene Kleidungsstücke, eine Doppelsteppstich-Nähmaschine (System Grover & Baker 19) sowie einige Möbel, Haus- und Küchengeräthe, Betten ꝛc. meistbietend versteigert werden.

Leipzig, den 13. October 1883.

Das Armen-Amt.
Ludwig-Wolf. Jungkähnel.

In unserer Verwahrung befinden sich
eine Anzahl preußische Stempelmarken,
welche Ende August a. c. in einem Schalterraume im Hauptpostgebäude aufgefunden worden sind.

Der unbekannte Verlustträger dieser Marken wird hierdurch aufgefordert, sich zur Empfangnahme derselben in unserem Commissarium zu melden, andern Falls den Rechten gemäß darüber verfügt werden wird.

Leipzig, am 18. October 1883.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Graf.

Nichtamtlicher Theil.

Spanien.

Spanische Verhältnisse sind für uns Deutsche von jeher schwer verständlich gewesen und diese Schwierigkeit ist sogar sprichwörtlich geworden, was wir nicht verstehen, das kommt uns „spanisch" vor. Die Regierung des Königs Alfonso schien eine Ausnahme von dieser Regel darzustellen; an dem jungen König war uns Alles verständlich, was wir über ihn erfuhren, sein ganzes Wesen berührte uns sympathisch, weil es unserer Art zu denken und zu empfinden entsprach. König Alfonso erschien uns weniger spanisch als deutsch und darüber hatten wir ganz vergessen, daß er Spaniens König ist, und demgemäß auch die dortigen Verhältnisse so nehmen muß, wie sie sind, spanisch. Dem Grafen Hatzfeld wurde es zum besonderen Verdienst angerechnet, daß er als Vertreter Deutschlands in Madrid so große Geschicklichkeit bewiesen hatte, er hatte damit die diplomatische Feuerprobe bestanden und sich für den leitenden Posten an der Centralstelle fähig gezeigt. Die Ereignisse der letzten Tage haben uns darüber belehrt, daß Spanien unter Alfonso seine alte Eigenthümlichkeit, für die übrige Welt unverständlich zu sein, behalten hat.

Als König Alfonso am 29. September von der Pariser Bevölkerung beschimpft wurde, ging ein Sturm der Entrüstung durch ganz Spanien, mit einem Schlage war die Opposition gegen das Königthum verschwunden, Monarchisten und Republikaner vereinigten sich, um den beleidigten Staatsoberhaupt Spaniens in Madrid einen Empfang zu bereiten, wie er noch kaum einem König dieses Landes zu Theil geworden ist. Das war allgemein verständlich, weil naturgemäß. Unter so veränderten Verhältnissen war es auch wünschenswerth, ja sogar nothwendig, daß die an der Spitze der Regierung stehenden Personen nicht blos eine Partei, sondern die Mehrheit des Landes vertraten und aus diesem Grunde war ein Ministerwechsel naheliegend. Auch das vermögen wir zu verstehen, daß die Partei der dynastischen Linken, welche dem zurückkehrenden König bereitwillig ihre Unterstützung angeboten hatte, in dem neuen Ministerium ihre Stelle fand und daß ein sogenanntes Versöhnungsministerium gebildet wurde, aber darüber hinaus vermögen wir der Entfaltung spanischer Eigenart nicht mehr zu folgen, denn von jetzt ab wird die Scenerie plötzlich „spanisch" im sprichwörtlichen Sinne des Wortes. Die Verwandlung ist so vollständig, daß von Versöhnung der bisher mit einander streitenden Parteien nicht mehr die Rede ist, an die Stelle des Einflusses der Constitutionellen ist einfach der Serrano's und seiner Partei getreten, die Mohren Martinez Campos und Bega de Armijo haben ihre Arbeit gethan, sie können gehen und die Serranisten Lopez Dominguez und Ruiz Gomez treten an ihre Stelle. Um sich darüber zu vergewissern, daß dieser Scenenwechsel keine Sinnestäuschung, sondern rauhe Wirklichkeit ist, braucht man blos ein Madrider Telegramm des „Temps" vom 13. October zu lesen, in welchem es wörtlich heißt: „In der auswärtigen Politik ist unter dem Einfluß Serrano's und Martos' außerdem des Ministeriums und Moret's, Sardoal's und Ruiz Gomez' im Cabinet sicher, daß das neue Cabinet den herzlichen Beziehungen zu Frankreich günstig und Gegner jeder abenteuerlichen Politik sein wird, weil Diejenigen, welche dasselbe bilden und beeinflussen, stets Freunde Frankreichs und Gegner der Politik des Marquis Bega de Armijo waren." Und um die Wahrheit des Telegramms zu bestätigen, erklärt der bisherige Ministerpräsident Sagasta öffentlich, daß er den Zwischenfall vom 29. Sept. durch die freundlichen und freundschaftlichen Versicherungen, die Ferry und Challemel Lacour dem Botschafter Fernan Nunez gaben, als erledigt betrachte und daß von dem Augenblick an, in welchem die französische Regierung Spanien bevollmächtige, durch ein diplomatisches Rundschreiben oder auf andere Art, die so herzlich durch Grevy dargebrachte Genugthuung zu veröffentlichen, die spanische Presse und alle Parteien in Spanien die Angelegenheit als geschlossen ansähen. Dieses Rundschreiben hat Bega de Armijo noch vor seinem Rücktritt erlassen und damit ist die spanisch-französische Freundschaft wieder hergestellt, und es verlautet bereits, daß Fernan Nunez zur Besiegelung dieser Freundschaft auf seinem Posten verbleibe. Wie gesagt, das kommt uns „spanisch" vor, weil wir einen so schnellen Uebergang von leidenschaftlicher Entrüstung über einen uns angethanen Schimpf bis zu inniger Freundschaft und herzlichstem Einvernehmen nicht verstehen, solche Contraste widersprechen unserer Art zu denken und zu empfinden.

Ein ebenso großes Räthsel giebt uns das Programm des Ministeriums Posada Herrera auf. Während zuerst verlautete, daß Sagasta das neue Ministerium nur in dem Falle unterstützen würde, wenn es auf eine Aenderung der Verfassung Verzicht leiste und vor allen Dingen das allgemeine Stimmrecht aus seinem Programm herauslasse, wird jetzt bekannt, daß gerade diese beiden bedenklichen und gefährlichen Reformen den Haupttheil des neuen Regierungsprogramms bilden. König Alfonso hat sich also jetzt der Einführung des allgemeinen Stimmrechts gefügt, gegen welche Sagasta sich so entschieden wehrte als sie Serrano verlangte, und diesen Angriff auf die Sicherheit und den Bestand der monarchischen Staatsform in Spanien glücklich abschlug. Serrano und die Seinigen halten mit Zähigkeit an ihren früheren Forderungen fest, nicht sie haben sich den bestehenden Verhältnissen anbequemt, sondern der König hat gegen den Rath seiner Freunde und Hauptstützen seines Thrones den Ansprüchen Serrano's nachgegeben. Camacho, welchen das neue Ministerium gern als Finanzminister aufgenommen hätte, hat kein Vertrauen auf Dauer und Bestand des Ministeriums Herrera und scheut sich nicht, es offen auszusprechen, daß er das allgemeine Stimmrecht für Spanien verderblich hält. Nun, vorläufig besteht ja auch erst die Absicht, es einzuführen, vielleicht findet diese Absicht in den Cortes lebhaften Widerstand und dann bleibt sie dennoch unausgeführt. Aber auch alle übrigen Puncte des Regierungsprogramms sind nach dem Muster der republikanischen Verfassung des Jahres 1869 aufgestellt, es ist von Preß- und Versammlungsfreiheit, von Unterrichtsfreiheit, Geschworenengerichten und Civilehe die Rede, von lauter Dingen, welche überall anderswo ihre volle Berechtigung haben, nur nicht in Spanien, welches nur auf dem Wege des gemäßigten Fortschritts und der allmäligen Entwickelung vor gefährlichen Umwälzungen bewahrt werden kann. Wenn die Versöhnung in dieser Gestalt herbeigeführt werden soll, dann wäre es besser gewesen, daß es beim Alten geblieben wäre, denn einen so radicalen Umschwung, der die Zeiten von 1869 zurückruft, verträgt das unglückliche Spanien voraussichtlich nicht. Der ganze Mummenschanz, welchen das Ministerium Posada-Herrera aufführt, wird nur dadurch verständlich, wenn man annimmt, daß hinter den Coulissen ganz andere Acteure stehen und Kräfte wirken, welche den bisherigen Rathgebern des Königs die Wege zur Rückkehr in ihre Aemter bahnen, nachdem die Serranisten kläglich Fiasco gemacht haben.

Vorläufig ist der französische Einfluß in Spanien siegreich, dessen Bedeutung seit langer Zeit der maßgebende war und deshalb nicht unterschätzt werden darf, aber gerade weil der französische Einfluß in Spanien so mächtig ist, deshalb wird auch ein Scenenwechsel in Frankreich auf Spaniens nicht seine Wirkung verfehlen, und ein solcher Wechsel steht, wenn nicht alle Anzeichen trügen, unmittelbar bevor. Wenn Camacho Recht behält, dann wird das Ministerium Posada Herrera nur eine kurze Episode sein, und daß es bald wieder vom Schauplatz verschwinden möge, können wir im Interesse der Befestigung der Zustände in Spanien nur lebhaft wünschen.

Leipzig, 20. October 1883.

* **Aus Berlin** wird uns vom Donnerstag geschrieben: „Ganz Berlin war heute ein Wahllocal. Es war ein sehr stürmischer Herbsttag, ein eisig kalter Wind fegte durch die Straßen, wiederholt regnete es dazwischen heftig und in die Regentropfen mischte sich ein tüchtiger Hagelschlag. Aber trotzdem duldete es Niemand daheim, Alt und Jung, Gesunde wie Kranke, wer nur irgend wahlfähig war, sah sich heute auch wie seines Bürgerrechts, so auch seiner Bürgerpflicht bewußt. Noch im letzten Augenblick machten alle Parteien die verzweifeltsten Anstrengungen, ihre Candidaten durchzubringen, und es versteht sich von selbst, daß je nach dem moralischen Werth der Parteien auch die angewandten Mittel mehr oder minder schlecht waren. Fast hätte man glauben können, sich nicht in des deutschen Reiches Residenz zu befinden, sondern in New-York oder Washington zu sein — so echt amerikanisch war wenigstens das Agitiren und die Reclame der „Bürgerpartei". Es war von den Leuten viel Geld aufgebracht worden; einige Industrielle hatten wieder Bedeutendes geleistet, und alle die zahlreichen Beamten der Post, der Steuer, der Polizei, die Nachtwächter in Uniform, die Stalldiener der königlichen und prinzlichen Marställe, die Portiers der Ministerhotels und ähnliche Leute traten heute in Gala an und gaben ebensoviele überzeugungstreue Wähler der „Bürgerpartei" ab. Durch die Straßen zogen Dunstmänner mit Fahnen und Placaten mit der Aufschrift: „Wählt keinen Juden!" überall waren die Wände und Hausthüren, die Laternenpfähle und Brunnen mit derartigen Placaten und Caricaturen versehen. Wagen fuhren umher, welche den Wählern der „Deutschen Bürgerpartei" freie Fahrt nach den Wahllocalen und zurück nach ihrer Wohnung gewährten, und in allen Restaurants, besonders dritter Classe, wimmelte und wogte es von „Bürgern", deren gar viele von besser gekleideten Herren mit freier Zeche bedacht und sodann zur Urne geschleppt wurden. In der Mittagszeit waren die Straßen besonders von Arbeitern erfüllt, und in der That ist es den Socialdemokraten gelungen, einen Candidaten, Herrn Paul Singer, einen reichen Mann und Inhaber eines bedeutenden Confectionsgeschäfts, durchzubringen. In mehreren anderen Bezirken kommen die Socialdemokraten in die Stichwahl. Aber auch von der „Bürgerpartei" sind Dr. Irmer und Pickenbach gewählt und mehrere Antisemiten kamen ebenfalls in die Stichwahl. Ludwig Löwe und Virchow sind allerdings über ihre Gegner Sieger geblieben, doch gegen eine sehr bedeutende Minorität. Der Arbeitercandidat Tutzauer ist ebenfalls gewählt worden, wie überhaupt der ganze Ausfall der heutigen Wahl zeigt, daß die socialdemokratische Partei seit dem Jahre 1878 nur sehr wenig zurückgegangen ist. — Die Blätter aller Parteien sind heute Abend größtentheils nur mit Wahlnachrichten angefüllt — außer der „Norddeutschen", welche auf einmal sehr gleichgiltig thut. — Die „Post" behauptet noch heute, daß die Herren Straßmann und Virchow zum Nachtheil Berlins ein Parteiregiment geführt hätten, dem eine wirksame Controle fehle, und gerade im Interesse der Selbstverwaltung sei es nothwendig, daß die „Bürgerpartei" die Oberhand gewinne! Die „Kreuzzeitung" nimmt offen für den Antisemitismus Partei und ist erbittert über Virchow, welcher den Kampf gegen die Juden als unwürdig und unconservativ bezeichnet hatte. Im Uebrigen bringt das Organ der Rückschrittler heute einen von Herrn Stöcker geschriebenen, gegen die Nationalliberalen gerichteten Leitartikel, in welchem es, ganz gegen seine sonstige vornehme Weise, von dem „Leichnam" des Nationalliberalismus spricht. Wir bedauern es aufrichtig, daß die „Kreuzzeitung" sich dazu hergiebt, es ist aber unser nicht würdig, mit ihr in demselben Tone zu streiten. — Die Stadtverordnetenwahlen dauern noch zwei Tage, über den heutigen Ausfall ist aus vielen Bezirken zur Stunde noch nichts bekannt, das aber steht fest, daß unsere Vorhersagung richtig gewesen und an dem Gesammtbilde des bisherigen Collegiums nichts geändert wird."

* Unter Denen, welche Tag für Tag den Bankerott der nationalliberalen Partei [illegible]

oder bereits eingetretenen Tod verkündigen, steht das leitende Organ der Deutschconservativen, die „Kreuzzeitung", oben an. Was berechtigt aber gerade das Sprachrohr dieser Partei zu solchen Declamationen? Keine andere Partei hat in den letzten Jahren bei allen Reichstagswahlen so schwere Niederlagen erlitten, wie gerade die conservative. Keine andere Partei hat es so empfindlich erfahren, daß ein Hauch des leitenden Staatsmannes sie in alle Winde zerstäubt, wie die conservative, so oft sie es sich bekommen ließ, einen eigenen Willen zu haben. Wie viel Wahlkreise können die Nationalliberalen noch verlieren, bis sie zu einer solchen Anzahl herabsinken, bei der sich die Conservativen noch zu ihren Erfolgen beglückwünschten! Keine andere Partei hat sich denn auch mit gutem Grund so sehr aller Selbstständigkeit und eigenen Ueberzeugung entäußert wie die conservative. Keine ist so fern wie sie von jeder Fähigkeit, auch nur ein paar Sätze aufzustellen, die wie ein politisches Programm aussehen. Keine hat sich jemals in eine so unwürdige und erniedrigende Abhängigkeit von einer andern Partei begeben, wie die Conservativen von den Ultramontanen. Die Erinnerung an alle diese Thatsachen und Erfahrungen aber hindert die „Kreuzztg." nicht, Tag für Tag ihren Witz an der nationalliberalen Partei zu üben, ihr Grundsatzlosigkeit vorzuwerfen und über ihren Niedergang zu frohlocken. Sie hat darin nur noch an der Berliner „Volksztg." einen ebenbürtigen Concurrenten. Wenn wir nur begreifen könnten, wie es sich für verständige Leute verlohnen kann, um eine dem sichern Tod verfallene Sache noch so viel Worte zu machen!

* **Die phrasenhaften und inhaltsarmen Erörterungen,** welche die „Provinzialcorrespondenz" über „die corporativen Bestrebungen im deutschen Gewerbeleben" im Anschluß an die schwebenden socialpolitischen Aufgaben zum Besten gibt, machen gewiß den Eindruck nicht, daß die Gesetzgebung zur Socialreform, selbst nur in ihrer Beschränkung auf das Unfallversicherungsgesetz, in energischem, zielbewußtem Fortschreiten begriffen sei. Was wir hier von corporativem Zusammenschluß zur Lösung der socialpolitischen Aufgaben hören, sind verlegene, schwülstige Redensarten, denen Jeder zustimmen kann, weil sich Jeder etwas Anderes dabei denken wird. Sachlich wird mit derartigen allgemeinen Betrachtungen gar nichts gefördert und es verlohnt sich kaum darauf einzugehen, bevor sich aus diesen nebelhaften Phrasen concrete greifbare Vorschläge entwickeln. Solche Erörterungen müssen den Eindruck verstärken, daß die ganze Socialreform zur Zeit festgefahren ist und nicht vorwärts noch rückwärts kann. Für die bevorstehende Reichstagssession hat die Regierung in ungewöhnlich bindender Weise die Verpflichtung übernommen, die socialpolitische Gesetzgebung nach den Verheißungen der kaiserlichen Botschaft ein gutes Stück weiterzuführen. Und nun wird es immer zweifelhafter, ob auch nur die Lösung der seit drei Jahren verhandelten Unfallversicherungsfrage gelingen wird. Aus dem Gerede der „Provinzialcorrespondenz" wenigstens wird man günstige Aussichten hierfür sich nicht zu construiren vermögen.

* **Zur parlamentarischen Lage** wird uns aus Berlin geschrieben: „Unter den Andeutungen über die Gegenstände, mit welchen sich die bevorstehende preußische Landtagssession zu beschäftigen haben wird, vermissen wir jeden Hinweis auf die Canalvorlage. Als das vom Abgeordnetenhause mit großer Majorität angenommene Project einer Wasserverbindung der westfälischen Kohlen- und Industriebezirke mit den Emshäfen im Herrenhause mit sehr geringer Stimmenmajorität zu Fall gebracht wurde, überwog gleich der Eindruck, daß damit die Canalfrage überhaupt für lange Zeit vertagt sei, daß an Stelle eines ersten großen praktischen Anfangs wieder der Zustand langwieriger theoretischer Studien und akademischer Erörterungen treten werde. Man hatte damals allgemein den Eindruck, daß es der Regierung bei ernstem Willen und energischem Auftreten wohl möglich gewesen sei würde, ihre Vorlage auch durch das Herrenhaus zu bringen, daß ihr aber die Ablehnung im Grunde gar nicht unwillkommen gewesen sei. Es ist inzwischen nichts geschehen, was diese Annahme entkräften könnte. Es verlautet weder etwas von der Wiederaufnahme des alten, noch von der Ausarbeitung eines neuen erweiterten Projectes. Der Minister der öffentlichen Arbeiten entfaltet in der Durchführung des Staatsbahnsystems und in der Ausdehnung des Secundairbahnnetzes Energie und Eifer ohne Gleichen, und wir sind weit entfernt, ihn darum zu tadeln. Ein kleiner Theil dieser Energie und dieses Eifers auf die Canalfrage verwendet, würde genügen, auch diesem Verkehrsmittel, über dessen wirthschaftlichen Werth sich doch allmälig ein ziemlich allgemeines und feststehendes Urtheil herausgebildet hat, die wünschenswerthe Pflege zu Theil werden zu lassen. Allein den Vorwurf etwas zu einseitig „Eisenbahnminister" zu sein, wird Herr Maybach nicht von sich abwehren können."

* Mit welchem Ernste man in Bayern auch seitens des Ministeriums und der Volksvertretung die „Bierfrage" behandelt, davon liefern die Berichte süddeutscher Blätter über die jüngste Sitzung des Finanz-Ausschusses der Abgeordnetenkammer ein anschauliches Bild. Dem Anschein nach wurde beinahe die ganze vierthalbstündige Sitzung ausgefüllt mit der Vorberathung des Etats des königl. Hofbräuhauses in München. Mit Rücksicht auf die günstigen Resultate der letzten Jahre beantragte der Referent, Abg. Burger, die Einnahmen um 5500 Mk. gegen den Voranschlag, um 173,770 Mk. gegen den Etat des Vorjahres, im Ganzen auf 1,471,000 Mk. zu erhöhen. Die Staatsregierung erhob keine Einwendungen dagegen. Ueber die sich nun anschließende Debatte sagen die Berichte:

Abg. Dr. Daller hält die Erhöhung für zu gering und beantragt die Einsetzung von 1,500,000 ℳ. Abg. v. Cramer kommt auf den eigenthümlichen Bierhandel zu sprechen, der zur Zeit betrieben werde. Man kaufe das Bier von Maffei in Stallach um 17 ℳ und zwinge die Filialen, es um 28 ℳ zu nehmen. Darüber sei Aufklärung nothwendig. Finanzminister v. Riedel stellt das Vorhandensein eines Bierhandels in Abrede. Nur um nothwendige Reparaturen vornehmen und die Verringerte von Bier nicht völlig zu stiften, habe man eine übrigens keineswegs namhafte Quantität angekauft. Es sei übrigens angeschlagen, daß es nicht die Brauerei von v. Maffei gewählt habe, seinen Grund in dem Umstande, daß der Sohn des Hofbräuhausmeisters in Stallach sei und man deshalb hoffen konnte, das Bier werde dem des Hofbräuhauses ähnlich sein. Die Maßregel sei übrigens schon früher getroffen worden und könne jetzt nicht mehr abbestellt werden. Dieselbe empfehle sich auch deshalb, damit nicht jeder Wirth das Bier nehme, wo es ihm beliebe, und es dann für Hofbräuhaus Bier